

Kleine Anfrage

der Abg. Beate Fauser FDP/DVP

und

Antwort

des Innenministeriums

Linksextremismus – Autonome Gruppen

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche konkreten präventiven Maßnahmen gegen Linksextremismus, insbesondere für Kommunen und ihre Entscheidungsträger, Jugendliche, Schulen, Vereine, Bürgerinnen und Bürger wurden von ihr in den letzten fünf Jahren durchgeführt?
2. Mit wem (z. B. Institutionen, private oder öffentliche Initiativen) gibt es eine konkrete Zusammenarbeit gegen Linksextremismus und durch wen und wie wird diese Zusammenarbeit konkret koordiniert?
3. Wie viele Straftaten von Linksextremen Gruppen wurden in den letzten beiden Jahren in Baden-Württemberg, bzw. der BRD begangen?
4. Welche präventiven Maßnahmen gegen Linksextremismus plant sie für das kommende Jahr konkret?

27. 11. 2008

Fauser FDP/DVP

Antwort

Mit Schreiben vom 19. Dezember 2008 Nr. 3 1228.1/156*1 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welche konkreten präventiven Maßnahmen gegen Linksextremismus, insbesondere für Kommunen und ihre Entscheidungsträger, Jugendliche, Schulen, Vereine, Bürgerinnen und Bürger wurden von ihr in den letzten fünf Jahren durchgeführt?

Zu 1.:

Die Landesregierung geht gegen Extremisten und deren Aktivitäten unabhängig von der politischen Ausrichtung mit Aufklärung, präventiven Maßnahmen und einer konsequenten Strafverfolgung vor. Die Bekämpfung extremistischer Tendenzen ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die von den Sicherheitsbehörden nur in einem Netzwerk mit Bildungsträgern, den freien Trägern der Jugendarbeit sowie anderen Akteuren der Prävention geleistet werden kann. Die Polizei steht landesweit in einem ständigen Informationsaustausch mit dem Landesamt für Verfassungsschutz und den Kommunen. Durch eine kontinuierliche Erkenntnisgewinnung im Bereich des politischen Extremismus sollen relevante Personen, Treff- und Sammelpunkte sowie Organisationsstrukturen frühzeitig erkannt werden. Den von extremistischen Gruppierungen, Demonstrationen und Veranstaltungen ausgehenden Gefahren kann damit, auch im Zusammenwirken mit den Kommunen, zielgerichtet und präventiv begegnet werden. Personen, die wegen einer politisch motivierten Gewalttat in Erscheinung getreten sind, werden im Rahmen des geltenden Rechts in einer polizeilichen Verbunddatei gespeichert. Diese Daten werden insbesondere genutzt, um die Anreise potenzieller Störer zu entsprechenden Veranstaltungen frühzeitig zu erkennen und mögliche Störungen zu verhindern. Bei Hinweisen auf mögliche Gewalttätigkeiten, beispielsweise durch Autonome Gruppen oder im Rahmen von „Links-Rechts-Auseinandersetzungen“ anlässlich von Demonstrationen und Veranstaltungen, reagiert die Polizei mit starken Präsenzmaßnahmen und Einsatzkonzeptionen, die auf Gewaltdeeskalation ausgerichtet sind.

Ausgehend vom gesamtgesellschaftlichen Ansatz der Kommunalen Kriminalprävention (KKP) wurde in den letzten fünf Jahren eine Vielzahl vernetzter Projekte initiiert. Ein Themenschwerpunkt ist dabei die Gewaltprävention, mit der unter anderem auch junge Menschen mit extremistischem Gedankengut erreicht werden sollen. Die Präventionsprojekte orientieren sich primär an der örtlichen Kriminalitätsslage und den vorhandenen Problemfeldern. KKP-Projekte, die sich ausschließlich den Themen Linksextremismus bzw. Autonomen Gruppen gewidmet hätten, wurden bislang nicht durchgeführt.

Ein wesentliches Mittel zur präventiven Bekämpfung von Extremismus und Gewalt ist die Aufklärung. Neben den Schulen und den freien Trägern der Jugendarbeit ist hier insbesondere auch die Landeszentrale für politische Bildung engagiert.

Politische Bildung im staatlichen Auftrag ist Grundlagenarbeit gegen Extremismus und besitzt in den öffentlichen Schulen unseres Landes einen herausgehobenen Stellenwert. Ausgehend vom Auftrag des Grundgesetzes sowie der Landesverfassung leisten das Fach Gemeinschaftskunde bzw. die entsprechenden Fächerverbünde einen wichtigen Beitrag zur Werteerziehung und zur normativen Orientierung in der politischen Bildung. Ziel der Bildungsplanreform 2004 war es unter anderem, auf der Grundlage solider Kenntnisse Einsichten in politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Zusammenhänge zu vermitteln. Schülerinnen und Schüler sollen sich ihrer Rechte und Pflichten bewusst werden und selbstständig denkende, rational urteilende und sozial verantwortlich handelnde Staatsbürgerinnen und Staatsbürger werden, welche die Regeln für ein rationales und gewaltfreies Austragen politischer Konflikte kennen und achten. Sie sollen erkennen, dass Freiheit und Verantwortung die konstitutiven Elemente der freiheitlich demokratischen Grundordnung sind, die es zu sichern und zu entwickeln gilt.

Über das Fach Gemeinschaftskunde bzw. die Fächerverbünde hinaus bestehen in der Schule vielfältige weitere Möglichkeiten der politischen Bildung und Demokratieerziehung – sei es durch die Schülermitverantwortung, durch Projekte wie „Schule als Staat“, durch die Teilnahme an Wettbewerben wie „Demokratisch Handeln“ oder „Jugend debattiert“ und vielfältige Angebote der Landeszentrale für politische Bildung. Diese startete 2008, als inhaltliche Fortführung des erfolgreichen Projektes „Team Z“ (2000 bis 2004), das vom Landesamt für Verfassungsschutz begleitet und mit Mitteln der Landesstiftung geförderte Projekt „Mit Zivilcourage gegen Extremismus – Demokratie macht Schule“. Ziel des Projekts ist der verbesserte Schutz von jungen Menschen vor extremistischen Gefahren durch frühzeitige Aufklärung über die Bedeutung der Grund- und Menschenrechte in unserer Verfassung (Teilprojekt „Grundrechtefibel“: Vermittlung von demokratischem Grundlagenwissen in der Grundschule) sowie durch die altersgerechte Ansprache von Jugendlichen, die besonders durch extremistische Einflüsse gefährdet sind (Teilprojekt „Prävention“: Schutz von Jugendlichen gegen politischen Extremismus).

Zudem sorgte die Landeszentrale für politische Bildung auch in den vergangenen fünf Jahren durch Tagungen, Seminare, Publikationen und didaktische Lehrmaterialien auf vielfältige Weise für Aufklärung über politische Sachverhalte sowie für demokratische Verhaltensweisen und plädierte für die friedliche Austragung von Konflikten. Auch sachkundige Referenten der Polizei und des Landesamtes für Verfassungsschutz haben sich in diesem Zeitraum anlassbezogen im Rahmen von Vortrags- und Fortbildungsveranstaltungen für Eltern, Lehrkräften oder Schülern zum Thema Extremismus eingebracht.

Das Landesamt für Verfassungsschutz geht im Aufgabenfeld Linksextremismus intensiv und nachhaltig seinem gesetzlichen Beobachtungsauftrag nach und betreibt eine breite Öffentlichkeitsarbeit, indem es auch über verfassungsfeindliche Bestrebungen im Bereich des Linksextremismus informiert. Dies geschieht beispielsweise durch die Veröffentlichung von Fachpublikationen, durch themenbezogene Beiträge auf der Internet-Homepage des Landesamtes für Verfassungsschutz sowie durch die Herausgabe des jährlichen Verfassungsschutzberichtes durch das Innenministerium. Teil dieser Öffentlichkeitsarbeit sind auch aufklärende Vortragsveranstaltungen über alle extremistischen Phänomenbereiche. Themen aus dem Bereich des Linksextremismus wurden in den letzten Jahren jedoch nur zurückhaltend nachgefragt. Im Jahr 2008 wurden 15 Vortragsveranstaltungen durchgeführt.

2. Mit wem (z. B. Institutionen, private oder öffentliche Initiativen) gibt es eine konkrete Zusammenarbeit gegen Linksextremismus und durch wen und wie wird diese Zusammenarbeit konkret koordiniert?

Zu 2.:

Dem landes- und bundesweiten umfassenden Informationsaustausch zwischen Polizei und Verfassungsschutzbehörden sowie mit anderen Dienststellen und Behörden kommt eine besondere Bedeutung zu. Auf Landesebene bestehen sehr enge Kooperationsbeziehungen zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz, der Landeszentrale für politische Bildung und der Polizei.

Eine dauerhafte Kooperationsbeziehung der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF), der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung (LAGO) und dem Jugendnetz der Jugendstiftung Baden-Württemberg besteht zudem über die Bundesprogramme zur Demokratieförderung.

3. Wie viele Straftaten von Linksextremen Gruppen wurden in den letzten beiden Jahren in Baden-Württemberg, bzw. der BRD begangen?

Zu 3.:

Im Jahr 2007 (2006) wurden in Baden-Württemberg zwei (14) linksextremistische Straftaten durch Angehörige linksextremer Gruppen registriert. Bundesweit sind 191 (209) derartige Straftaten zu verzeichnen.

	Bund	BW
2006	209	14
2007	191	2

Insgesamt wurden in Baden-Württemberg 1.773 (2.293) und auf Bundesebene 28.538 (29.050) politisch motivierte Straftaten gezählt. Davon waren im Land 380 (685) und bundesweit 5.866 (5.363) linksmotiviert.

4. Welche präventiven Maßnahmen gegen Linksextremismus plant sie für das kommende Jahr konkret?

Zu 4.:

Allgemein gilt es, den vom Linksextremismus drohenden Gefahren frühzeitig mit niedriger Einschreitschwelle und unter konsequenter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten entgegenzuwirken. Die Arbeit der Sicherheitsbehörden zielt insbesondere darauf ab, umfassende Erkenntnisse über die linksextremistische Szene einschließlich des gewaltbereiten Spektrums zu gewinnen, gewaltbereite Strukturen aufzudecken und Straftaten zu verhindern. Hierbei ist es von Bedeutung, bereits frühzeitig der Entstehung sogenannter rechtsfreier Räume entgegenzuwirken.

Verfassungsschutz und Polizei führen zur Bekämpfung des Linksextremismus umfassende offene und verdeckte Maßnahmen im präventiven Bereich durch.

Konzeptionelle präventive und repressive Ansätze zur Bekämpfung des Linksextremismus werden auch bei der Planung und Durchführung des polizeilichen Einsatzes anlässlich des am 3. und 4. April 2009 stattfindenden Nato-Gipfeltreffens im Raum Straßburg, Kehl und Baden-Baden berücksichtigt.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wird auch im Jahr 2009 im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit die Vortragstätigkeit bei öffentlichen und privaten Einrichtungen sowie bei staatlichen Institutionen fortsetzen und über Gefahren für die freiheitlich demokratische Grundordnung aufklären, die durch linksextremistische Bestrebungen drohen.

Im Rahmen politischer Bildung sollen im Zusammenhang mit den Geschichtsjubiläen „60 Jahre Grundgesetz“ und „20 Jahre Mauerfall“ im Jahr 2009 im Kulturbereich mehrere Veranstaltungen und eine Projektwoche durchgeführt werden, die auch die Gefahren des Extremismus für die Demokratie thematisieren.

Die Landeszentrale für politische Bildung will die in der Beantwortung zur Frage 1 angeführten Teilprojekte des Projekts „Mit Zivilcourage gegen Extremismus – Demokratie macht Schule“ in Kooperation mit dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Umsetzung bringen. Die geplante „Grundrechtetibel“ der Landeszentrale für politische Bildung und des Verlags Herder (Freiburg) will Viertklässler der öffentlichen und privaten Grundschulen in Baden-Württemberg ein altersgemäßes Basiswissen über die Werte und Regeln des menschlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens vermitteln.

Rech

Innenminister